



Liebe Leserinnen und Leser,

Ostern ist üblicherweise eine Zeit der inneren Einkehr und eines ersten Zwischenfazit nach einem Viertel des Jahres. Doch auch 2026 ist die Weltlage zum wichtigsten Fest im Kirchenjahr alles andere als Friede, Freude, Eiersuchen.

Mit dem Iran-Krieg eskaliert ein Konflikt, der bei Licht betrachtet schon seit Langem schwelt und grundsätzliche Problemfelder offenlegt: Ein Mullah-Regime, das schwerwiegende Menschenrechts-Verletzungen an der eigenen Bevölkerung begeht und das tunlichst nicht in den Besitz von Atomwaffen kommen sollte.

Allem geopolitischem Unge-mach zum Trotz gibt es hierzu-lande weitere Erfolge in Sa-chen Reformen zu vermelden. Und das geht einher mit stei-gendem öffentlichem Inte-resse an politischer Kommuni-kation. Das gilt auch für mich persönlich und äußert sich un-ter anderem mit drei Reden im Plenum innerhalb zwei Ta-gen, einer Vielzahl an Presse-gesprächen und zahlreichen Terminen von Langenfeld bis Berlin. Mehr dazu lesen Sie im Folgenden.

Ich wünsche ihnen dabei viel Spaß und ganz besonders ein frohes Osterfest!

*Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener*



Reformen und Osterbotschaft im Zeichen globaler Krisen

Das höchste Fest im christlichen Jahreskreis ist auch in diesem Jahr überlagert von geo-politischen Krisen: Zu dem nicht enden wol-lenden Ukraine-Krieg gibt es nun auch noch den Iran-Konflikt. Das ist natürlich vor allem ein Drama für die direkt beteiligten Men-schen. Es hat aber auch massive globale Aus-wirkungen, die ganz konkret auch bis in un-ser Land reichen.

Angesichts ohnehin schon zahlreicher großer Herausforderungen erhöhen solche zusätzli-chen „externen“ Faktoren nochmal den Druck auf politische Prozesse. Ein dadurch im Alltag akut gewordener Druck sind stark gestiegene Spritpreise. Um dem kurzfristig zu begegnen, haben wir ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen (siehe Kraft-stoffmaßnahmenpaket).

Was in der unsteten Weltlage etwas unterzu-gehen droht, ist die Tatsache, dass wir auch unabhängig davon bereits durchaus nen-nenswerte Reformen auf den Weg gebracht haben. Dazu gehören die Ablösung des Ha-beckschen „Heizungsgesetzes“ durch das neue Gebäudemodernisierungsgesetz, die Abschaffung des sogenannten „Bürgergel-des“ zugunsten einer neuen Grundsicherung und die grundlegende Neuausrichtung des

Förderprogramms „Demokratie leben“, hin zur Förderung lokal verankerter Institutio-nen, weg von politisch einseitigen „NGOs“. Damit hat unsere CDU-geführte Regierung bereits wesentliche CDU-Versprechen aus dem Wahlkampf umgesetzt. Aber wir wis-sen auch, dass das nur der Anfang sein kann. Weitere weitreichende Reformen ste-hen an in den Bereichen Steuern, Rente, Pflege und Gesundheit. Und noch ein zent-rales Thema, zumal in globalen Krisenzeiten: Unsere Wirtschaft muss widerstandsfähiger werden. Welche Maßnahmen es jetzt braucht, damit die deutsche, wie die euro-päische Wirtschaft im weltweiten Wettbe-werb bestehen kann, habe ich in einem aus-führlichen Beitrag für die Konrad-Adenauer-Stiftung beschrieben ([Link dazu auf Seite 3 unter „In den Medien“](#)).

Das zentrale Thema der kommenden Tage sollte indes allgemeiner sein: die österliche Botschaft. Sie verkündet die Auferstehung Jesu als Sieg des Lebens, der Liebe und der Hoffnung über Tod, Leid und Verzweiflung – das Fest des christlichen Glaubens, das ei-nen Neuanfang ermöglicht und Hoffnung in existenziellen Krisen spendet. Was könnte besser passen in diese Zeit?

Sie stellen Produkte her, die uns unbewusst jeden Tag begegnen: die Mitgliedsunternehmen, die im Zentralverband Oberflächen-technik ZVO zusammengeschlossen sind. Von Armaturen in Küche und Bad über Bedienelemente im Auto bis hin zu vergoldeten Kontakten in Steckverbindungen, decken sie einen breiten Markt ab. Die Geschäftsführer der ZVO-Unternehmen, dessen Hauptsitz in Hilden liegt, haben mich jetzt im Bundestag besucht, um mit mir über die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland zu sprechen. Gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Nora Seitz aus dem Ausschuss für Arbeit und Soziales haben wir eine sehr tiefgehende Diskussion geführt, die viel gegenseitiges Verständnis für Entwicklungen in der Branche und für die Arbeit der Bundesregierung und dem Parlament vermitteln konnte.



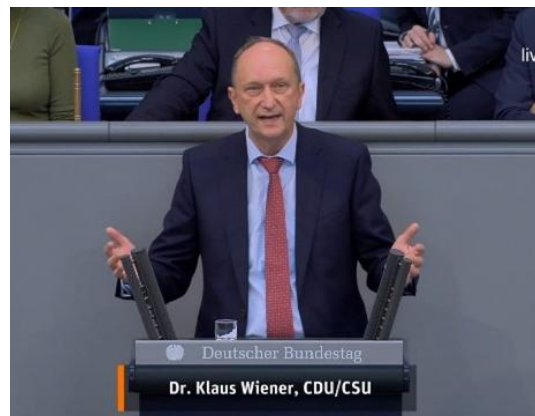
MIT Bundesfachkommission

In der vergangenen Woche hat sich die Bundesfachkommission Wirtschaft der Mittelstandsunion konstituiert, deren Co-Vorsitz ich erneut übernehmen darf. Bereits im ersten Treffen wurden erste Positionspapiere und die Einsetzung mehrerer Facharbeitsgruppen beschlossen.



Kraftstoffmaßnahmenpaket beschlossen

Diesen Monat stand das neue Kraftstoffmaßnahmenpaket – verabschiedet als Reaktion auf die stark gestiegenen Spritpreise im Zuge des Iran-Konflikts – im Mittelpunkt. Im Plenum habe ich in der vergangenen Woche gesprochen [\[hier zur Rede\]](#). Zudem fand eine öffentliche Anhörung statt, in der Sachverständige ihre Einschätzungen und Empfehlungen einbrachten. Das Paket sieht unter anderem vor, dass Tankstellen die Preise künftig nur noch einmal am Tag (12 Uhr) erhöhen dürfen, um extreme Schwankungen zu begrenzen und für mehr Transparenz zu sorgen. Darüber hinaus werden die Befugnisse des Bundeskartellamts gestärkt, damit Preisgestaltungen besser überprüft werden können. Verstöße gegen die neuen Regeln können mit Bußgeldern geahndet werden. Ziel ist es, die Versorgungssicherheit zu stabilisieren und Verbraucher sowie Unternehmen zu entlasten. Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird laufend überprüft. Je nach Entwicklung und Dauer des Konflikts können weitere politische Schritte folgen – etwa mögliche Anpassungen bei der Pendlerpauschale oder bei den Steuern auf Energie. Mehr zum Kontext des Iran-Konflikts sowie zu weiteren Maßnahmen lesen Sie auf **Seite 4** dieses Newsletters (THEMA), auf der ich auch die Arbeit der Iran-Task-Force sowie der Arbeitsgruppe mit Bundeswirtschaftsministerin Reiche erläutere.



Diskussion zum Strommarkt beim Wirtschaftsrat

Wie wird der Strommarkt der Zukunft aussehen? Darüber sprach ich bei der Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik des Wirtschaftsrats mit Vertretern von Verbänden und Unternehmen. Als Bundesregierung setzen wir auf einen umfassenden Umbau unseres Energiesystems. Mit dem synchronisierten Ausbau erneuerbarer Energien, neuen Ausschreibungsmodellen für Gaskraftwerke und vereinfachten Genehmigungsverfahren soll mehr und günstiger Strom ins Netz kommen. Gleichzeitig werden mit den bereits erfolgten Entlastungen für Industrie und Verbraucher kurzfristige Preisschübe abgefedert. Der Ausbau der Netzinfrastruktur und die Förderung von Speichertechnologien sind zentrale Bausteine, um Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu gewährleisten. Klar ist aber auch: Wir müssen den Wettbewerb stärken und Bürokratie weiter abbauen, damit Strom sicher, sauber und vor allem bezahlbar ist.

Reden im Plenum

Auch in diesem Monat habe ich im Plenum zu zwei energiepolitischen Anträgen der Opposition gesprochen.

In [meiner Rede](#) zum Antrag der Grünen zum Ausbau erneuerbarer Energien, habe ich erläutert, dass diese für den Klimaschutz zentral sind, zugleich aber die Kosten für Netze und Speicher berücksichtigt werden müssen. Unser Ansatz verbindet Klimaschutz mit Bezahlbarkeit und langfristiger Versorgungssicherheit. Zudem habe ich darauf hingewiesen, dass bereits Fortschritte bei den erneuerbaren Energien erzielt wurden, wir aber weiterhin geduldig an tragfähigen Lösungen arbeiten müssen. Beim AfD-Antrag zur Kernenergie habe ich die Gründe für den Atomausstieg erläutert und das Abschalten der letzten Kernkraftwerke in der Energiekrise kritisch eingeordnet. Den Antrag lehnen wir ab, da er auf überholte Technologien setzt und keinen zukunftsgerichteten Ansatz bietet. Meine Rede sehen Sie [hier](#).



In den Medien

BBC:

„The World Tonight“

[Hier den Beitrag hören.](#)

WDR 5:

Hohe Spritpreise: "Müssen genau hingucken"

[Hier den Beitrag hören.](#)

Lokalklick:

„Großartiges gemeinschaftliches Engagement“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Rheinische Post:

„Integrationsprojekt der DaZ-Klasse...“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Konrad-Adenauer-Stiftung:

„Wie finanzielle Souveränität Europas wirtschaftliche Resilienz stärkt“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Deutschlandfunk:

„Klaus Wiener zu hohen Energiepreisen“

[Hier den Beitrag hören.](#)

WirtschaftsWoche:

„Energiepreis-Schock – was tun, wenn der Liter...“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Erkrath jetzt:

„Bundestag zum Mitmachen“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Täglich ME:

„470.000 Euro für Gut Heresbach“

[Hier den Artikel lesen.](#)

CDU/CSU Fraktionsnews:

Warnung vor Überbietungswettbewerben

[Hier den Artikel lesen.](#)

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier.](#)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
31.03.2026

WAHLKREIS



Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

Beispielhaftes Integrationsprojekt in Langenfeld



Mit einem gemeinsamen Projekt unterstützen das **Unicef-Junior-Team Langenfeld-Monheim-Hilden** und das **Konrad-Adenauer-Gymnasium Langenfeld** die Integration von Heranwachsenden, die erst seit kurzer Zeit in Deutschland sind. Bei einem Schulbesuch bekam ich davon genaue Einblicke – und eine besondere „Handreichung“: Ein riesiges Plakat mit roten Handabdrücken, die die Schüler zum „Red Hand Day“ gesammelt hatten, als sichtbares Zeichen gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen in bewaffneten Konflikten. Eine symbolhafte Aktion für ein beispielhaftes Projekt, in dem man bei allen Themen Hand in Hand geht. [Mehr zum Thema lesen Sie hier.](#)

Jung-Politiker gesucht!

Das Hauptstadt-Geschehen kennenlernen, Debatten führen, Entscheidungsprozesse mitgestalten – beim Bundestags-Planspiel „Jugend und Parlament“ können sich junge Menschen in politischer Arbeit üben. Die diesjährige Auflage findet statt vom 6. bis 9. Juni. Dafür suche ich einen Teilnehmer aus dem Südkreis im Alter von 17 bis 20 Jahren. Ich freue mich ab sofort auf Bewerbungen unter klaus.wiener@bundestag.de



Besuch aus Erkrath

Besuch aus dem Südkreis in Berlin: Mit Martin Palsa und Ulrike Wagner vom Erkrather Unternehmen Grundfos, einem der weltweit führenden Pumpenhersteller, sprach ich über die aktuellen Herausforderungen der Branche, in der vor allem steigende Energiepreise und bürokratische Hürden die internationale Wettbewerbsfähigkeit belasten. Als Bundesregierung setzen wir hier gezielt an, auch mit Programmen zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung. Der Austausch hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig der enge Dialog mit der heimischen Wirtschaft ist, um praxisnahe Lösungen zu finden.



Foto: DBT/Stella von Saldern

Iran-Konflikt: Länger als gehofft

Als hätte es geopolitisch nicht bereits genügend Unruhe gegeben, kam Anfang März ein weiterer Krisenherd hinzu: Nachdem Verhandlungen erfolglos geblieben waren, haben die USA und Israel den Iran Anfang März militärisch angegriffen. Hoffnungen, dass sich dieser Konflikt als kurzfristig erweisen könnte, haben sich nicht bestätigt. Bis heute dauern die Kämpfe an, und es sieht weiterhin nicht nach einem schnellen Ende des Konflikts aus.

Um es klar zu sagen: Die Hauptschuld am Konflikt liegt eindeutig beim Mullah-Regime. Über viele Jahre hat es die internationale Staatengemeinschaft getäuscht und kontinuierlich an seinem Atomprogramm weitergearbeitet. Damit war nicht nur Israel in seiner Existenz bedroht, sondern die Stabilität der ganzen Region. Hinzu kommt, dass dieses Regime mit brutaler Gewalt gegen seine eigene Bevölkerung vorgeht. Mehr als 30.000 Morde hat dieses religiös-fanatische Regime Berichten zufolge allein im Februar an seiner eigenen Bevölkerung begangen.

Militärisch haben die USA und Israel sehr schnell sehr große Erfolge erzielt. In recht kurzer Zeit wurden erhebliche Militärkapazitäten der iranischen Armee zerstört. Achillesferse bleibt aber die Straße von Hormus, denn hier können das Regime und seine Revolutionsgarden mit sehr geringen militärischen Mitteln potentiell große Schäden anrichten. Angesichts dieser Bedrohungssituation können Öl- und Gastanker die Straße von Hormus derzeit nicht passieren. Damit wurden 20 Prozent des weltweiten Öl- und Gasangebots aus dem Markt genommen.

In der Folge sind die Notierungen für Rohöl und Gas weltweit deutlich gestiegen. Bei Öl schlägt derzeit eine Verdopplung zu Buche, bei Gas fast eine Verdreifachung. Die Konsequenzen spüren wir alle, allen voran an den Tankstellen, wo die Preise für Benzin und Diesel deutlich gestiegen sind. Besonders auffällig war dabei, dass die Preise an den deutschen Tankstellen stärker gestiegen sind als im europäischen Ausland.

Was kann Politik in so einer Situation tun? Leider haben wir wenig Möglichkeiten, die weltweiten Notierungen für Öl und Gas zu beeinflussen. Wir werden also – bei allem Bemühen – für die Dauer des Konflikts mit höheren Energiepreisen zurechtkommen müssen. Gleichzeitig sind wir aber nicht zur Untätigkeit verdammt.

Allem voran haben wir in Rekordzeit ein Gesetz verabschiedet („Kraftstoffmaßnahmenpaket“), mit dem wir die Preistransparenz im Markt für Kraftstoffe erhöhen und zudem die Kompetenzen der Aufsichtsbehörden erhöht haben. An diesem Gesetz habe ich als Berichterstatter wesentlich mitgewirkt und zweimal im Parlament geredet. Zukünftig kann das Bundeskartellamt sehr viel leichter ermitteln, ob die Wettbewerbssituation in einem Markt wesentlich und dauerhaft gestört ist und zudem Abhilfemaßnahmen auf den Weg bringen.

Leider ist das Problem damit nicht aus der Welt. Je länger der bewaffnete Konflikt andauert, desto größer werden die Belastungen für Verbraucher und Unternehmen. Um hier gezielt für Entlastungen zu sorgen, hat das Parlament eine Task Force ins Leben gerufen, die sich fortlaufend zu den Entwicklungen austauscht und über Gegenmaßnahmen berät. Ich selbst gehöre der Task Force an. Welche Maßnahmen über das Kraftstoffmaßnahmenpaket hinaus auf den Weg gebracht werden, ist derzeit noch nicht abschließend geregelt. Ich plädiere aber dafür, dass uns dabei drei Kriterien leiten:

Erstens: Die Entlastungen müssen bei denen ankommen, die Entlastung auch wirklich brauchen. Zweitens: In Zeiten knapper finanzieller Haushaltsmittel muss die Zeit der „Gießkanne“ vorbei sein. Alle Maßnahmen müssen pass- und zielgenau sein. Und drittens darf der Staat nicht von der Krise profitieren, das heißt: In dem Maße, wie die Steuereinnahmen auf Energie für den Finanzminister steigen, müssen sie den Verbrauchern zurückgegeben werden. Der Staat darf kein Krisengewinnler sein.